

DR. ANDREAS STARIBACHER

BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

WIEN, DEN 12. September 1995

GZ. 11 0502/323-Pr.2/95

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

XIX. GP-NR1693 IAB
1995 -09- 12

zu

1714/J

Parlament
1017 W i e n

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Helmut Peter und Genossen vom 14. Juli 1995, Nr. 1714/J, betreffend unechte Mehrwertsteuerbefreiung von Ärzten, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Diese Zusage meines Amtsvorgängers ist nach wie vor gültig und kommt auch in einer Übereinkunft der Finanzausgleichspartner zum Ausdruck, in der festgelegt ist, daß nachteilige Auswirkungen der mit dem EU-Beitritt notwendigen Umsatzsteuer-Anpassungsmaßnahmen auf den Kultur- und Sozialbereich durch eine Neutralisierungsregelung zu vermeiden sind.

Zu 2.:

Bereits seit geraumer Zeit werden im Rahmen einer Arbeitsgruppe, der Vertreter der Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (bzw. des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds) und Finanzen sowie der Sozialversicherungsträger angehören, die Konsequenzen der EU-bedingten Umsatzsteueranpassungen im Gesundheits- und Sozialbereich behandelt, wobei die bisherigen Themenschwerpunkte die Auswirkungen auf Sozialversicherungsträger, Krankenanstalten und Ärzte umfaßten. Je nach gewähltem Themenschwerpunkt sind dabei auch Vertreter der Krankenanstalten und der Ärzteschaft als Betroffene beigezogen worden.

•

BEILAGE

Anfrage

L

der Abgeordneten Helmut Peter und Partnerinnen
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend unechte Mehrwertsteuerbefreiung von Ärzten

Aufgrund der Mehrwertsteuerrichtlinie der Europäischen Union werden niedergelassene Ärzte ab 1.1.1997 unecht umsatzsteuerbefreit und verlieren damit die Berechtigung zum Vorsteuerabzug. Damit wird die Umsatzsteuer zum Kostenfaktor, und für Ärzte resultieren daraus Einkommenseinbußen zwischen 5 und 15%.

Knapp vor der Volksabstimmung über den Beitritt zur EU hat Ihr Amtsvorgänger Dkfm. Ferdinand Lacina ausgeschlossen, daß den Ärzten aus der notwendigen Anpassung der Regelung im Inland an die Mehrwertsteuerrichtlinie eine Mehrbelastung erwächst. Tatsächlich wurde aber bis jetzt keine für die Ärzte befriedigende Lösung gefunden. Die bestehende Unsicherheit in diesem Bereich führt dazu, daß viele Ärzte dringend notwendige Investitionen aufschieben.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage

1. Fühlen Sie sich an die von Ihrem Amtsvorgänger gegebene Zusage, es werde aus der notwendigen Anpassung an die Mehrwertsteuerrichtlinie der EU keine Mehrbelastung für Ärzte geben, gebunden?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigen Sie zu setzen, um diesem Versprechen gerecht zu werden?
3. Haben in der letzten Zeit Verhandlungen zu diesem Thema mit Vertretern der Ärzteschaft stattgefunden, um mögliche Lösungsvarianten zu erarbeiten?
4. Wenn nein, warum nicht?
5. Wann ist damit zu rechnen, daß eine befriedigende Lösung für die Ärzteschaft gefunden wird, um so sicherzustellen, daß Investitionen getätigt werden können, die dazu beitragen, gerade die Versorgung im extramuralen Bereich zu gewährleisten?